

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

Deutsche Vereinigung von Familien nach Samenspende  
Postfach 100966  
33509 Bielefeld

## DIE LINKE zur Fragen der Reproduktionsmedizin

### Samenspenderregister

---

#### 1. Welchen offenen rechtlichen Regelungsbedarf hinsichtlich des neuen Samenspenderregisters sehen Sie?

DIE LINKE hat die Einrichtung des Samenspenderregisters und damit verbundenen Stärkung des Rechtes auf Kenntnis der Abstammung, das Verbot der anonymen Samenspende sowie den Ausschluss von Unterhaltsansprüchen gegenüber Samenspendern ausdrücklich begrüßt.

Nicht nachvollziehbar war jedoch, dass die nachträgliche rechtliche Anerkennung als rechtlicher Vater ausgeschlossen worden ist. Der Auskunftsanspruch sollte nicht erst ab 16, sondern bereits ab 14 Jahren bestehen, da häufig dann bereits die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität beginnt. Außerdem sollten grundlegende persönliche Eigenschaften des Samenspenders (bspw. Beruf, Hobbys, Religion etc.) gespeichert werden, damit Spenderkinder auch ohne Kontaktaufnahme eine Vorstellung von ihrem genetischen Vater bekommen können.

Da das Geburtenregister keinen Hinweis auf einen mit Hilfe einer Samenspende gezeugten Menschen enthält, muss fälschlicherweise davon ausgegangen werden, dass der rechtliche auch der genetische Vater ist. Das betrifft insbesondere Menschen, die durch die sozialen Eltern nicht über ihre genetische Herkunft aufgeklärt worden sind. Aber das betrifft auch die Enkel, denen ebenfalls ein Recht auf Kenntnis der Abstammung zugestanden werden sollte. Gleichzeitig sollte das möglicherweise gewünschte Nichtwissen dieser Menschen über den Namen des Spenders gewährleistet werden. Eine Fußnote im Geburtenregister für weitergehende Daten könnte eine Lösung darstellen. Es fehlen gesetzliche Auskunftsrechte für Enkel und Kontaktmöglichkeiten für Halbgeschwister. Es sollten auch Samenspenden von der Meldepflicht erfasst werden, die vor Inkrafttreten abgegeben, aber noch nicht verwendet wurden.

### medizinisch assistierten Samenspende

---

#### 2. Welchen weiteren gesetzlichen Regelungsbedarf sehen Sie sowohl hinsichtlich der medizinisch assistierten Samenspende als auch hinsichtlich der Samenspende im privaten System, bei der der Spender den Wunscheltern bekannt ist.

Es fehlt nach wie vor eine Regelung zur Embryonenspende, sodass die Rechtsunsicherheiten in diesem Bereich bestehen bleiben. Auch bleibt die veraltete Trennung zwischen künstlicher Befruchtung bei verheirateten und nicht verheirateten Paaren und erst Recht zu alleinstehenden Frauen oder lesbischen Paaren weiterhin grundsätzlich unangetastet. Unter anderem deswegen braucht es eine grundlegende Reform des Abstammungsrechts.

Der überwiegende Teil der Zeugungen mit einer Samenspende findet nicht mit ärztlicher Unterstützung und nicht mit einer Spende aus einer Samenbank statt. Aus solchen häuslichen Insemination (Bechermethode) gehen Menschen hervor, für die es auch weiterhin keinen gesetzlich unterlegten Anspruch auf Kenntnis der eigenen Abstammung gibt. Auch wenn Umsetzungsprobleme absehbar sind, sollte dieses Recht schon deshalb gesetzlich fixiert werden, um normative Signale zu setzen. Die Vorenthaltung des Wissens um die eigene Abstammung muss in Umsetzung der verfassungsrechtlichen Ansprüche rechtswidrig sein. Zumindest aber sollte ein Beratungsangebot den künftigen sozialen Eltern über die weitreichenden Folgen dieser Form der Familiengründung aufklären.

### psychosoziale Versorgungsstruktur

---

#### 3. Welche Maßnahmen zur Sicherstellung einer psychosozialen Versorgungsstruktur im Rahmen der Reproduktionsmedizin sind aus Ihrer Sicht erforderlich?

Die weitreichenden Auswirkungen einer Familiengründung mit Hilfe der Reproduktionsmedizin sind vielen Wunscheltern nicht sofort klar. Ein umfassendes Beratungsangebot ist daher schon zur Wahrung der Rechte der Kinder, die daraus entstehen, notwendig. DIE LINKE fordert, dass diese Beratung unabhängig von eigenen kommerziellen Interessen der medizinischen Anbieter erfolgen soll und dass die Beratung auskömmlich finanziert wird. Klare und bundeseinheitliche Anforderungen an Inhalte und Qualität sollen sicherstellen, dass unabhängig und umfassend beraten wird. Die Beratung sollte verpflichtend sein und schriftlich fixiert werden.

## Eizellspende

---

### **4. Sehen Sie gesetzlichen Regelungsbedarf hinsichtlich der Eizellspende, die von deutschen Paaren im Ausland in Anspruch genommen wird? Halten Sie eine Legalisierung der Eizellspende in Deutschland unter bestimmten Bedingungen für sinnvoll? Wenn ja, welche Bedingungen wären dies?**

Die Eizellspende geht anders als die Samenspende mit gesundheitlichen Risiken der Spenderin einher. Zur Voraussetzungen, unter denen Eizellspenden in Deutschland legalisiert werden könnten, gibt es in der Partei DIE LINKE derzeit keine abgestimmte Position.

## Embryonenspende

---

### **5. Welchen gesetzgeberischen Handlungsbedarf sehen Sie hinsichtlich der Embryonenspende in Deutschland?**

Die Embryonenspende ist seit 2013 in Deutschland legal möglich, wird aber bislang nur wenig angewendet. Wie bei der Eizellspende gibt es in der LINKEN dazu keine einheitliche Position.

## Fortpflanzungsmedizingesetz

---

### **6. Sehen Sie weiteren Regelungsbedarf im Bereich des Medizinrechtes hinsichtlich der Reproduktionsmedizin, wie zum Beispiel eine explizite Absicherung der Zulässigkeit der Behandlung von lesbischen und alleinstehenden Frauen. Braucht es aus Ihrer Sicht eine Überarbeitung des Embryonenschutzgesetzes, und/oder die Einführung eines Fortpflanzungsmedizingesetzes?**

Das Fortpflanzungsrecht ist aufgrund der langen Entstehungsgeschichte zerfasert und uneinheitlich. DIE LINKE befürwortet ein Fortpflanzungsmedizingesetz, das auf dem aktuellen Stand der medizinischen Möglichkeiten transparente, verständliche und in sich stimmige Regelungen enthält. Wie in allen größeren Parteien gibt es zu einzelnen Aspekten der Fortpflanzungsmedizin unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Partei DIE LINKE. In bewährter Weise sollten wie bei anderen medizinethischen Themen nach intensiver Debatte inner- und außerhalb des Parlaments Mehrheiten jenseits der Fraktionsgrenzen gesucht werden. Einigkeit besteht innerhalb der LINKEN darin, dass lesbischen Frauen so weit wie möglich die gleichen Rechte eingeräumt werden sollten. Die Privilegierung der Ehe vor anderen Familienformen (Regenbogenfamilien, homosexuelle Partnerschaften, Alleinstehende etc.) muss beendet und durch evidente Kriterien des Kindeswohls ersetzt werden. Das Recht auf Kenntnis der Abstammung muss für alle Menschen gelten und gesetzlich untersetzt werden, gleich, auf welchem Weg sie entstanden sind.

## familienrechtlichen Regelungsbedarf

---

### **7. Welchen familienrechtlichen Regelungsbedarf sehen Sie im Bereich der Reproduktionsmedizin und unkonventioneller Familienformen?**

Eine abschließende Meinung zu diesem Thema gibt es innerhalb der Partei noch nicht. Das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung und der Wunsch auf Anonymität müssen gegeneinander abgewogen werden. Welche rechtlichen Folgen Änderungen haben könnten bzw. welche Änderungen vorgenommen werden müssten, wird derzeit noch diskutiert. Für Paare die sich in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung befinden, sollte die Reproduktionsmedizin weiter geöffnet werden.

## Forschungsbedarf

---

### **8. Welchen Forschungsbedarf sehen Sie hinsichtlich der psychosozialen Situation der Familienbildung mit Hilfe Dritter?**

Wir würden grundlegende Forschungen in diesem Bereich unterstützen, da es in diesem Bereich noch an Forschung fehlt.